

5 Fragestunde

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir haben jetzt 13.45 Uhr, wir kommen jetzt zur Fragestunde und ich darf bitten, Herrn Klubobmann Pascuttini, seine Frage an Herrn Stadtrat Manfred Eber zu stellen.

5.1 Frage 1: Kosten für IT-Arbeitsplätze / ITG (KO GR Mag. Pascuttini, KFG, an StR Manfred Eber, KPÖ)

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr geehrter Herr Stadtrat Eber, fast schon traditionell eine Frage, die ich in der Fragestunde, was die städtischen Finanzen betrifft. Heute die Kosten für die IT-Arbeitsplätze, wie Sie wissen, das Haus Graz, das Magistrat ist groß, viele Mitarbeiter brauchen viele Arbeitsplätze und wir haben uns dann letztens einmal angesehen, wie sich die Kosten dort gestalten.

Das ist so, also, wenn man jetzt von einem normalen Arbeitsplatz ausgeht, mit Bildschirm, mit Maus, mit Tastatur, mit einer Talking-Station, dann errechnen sich da im Webshop Kosten von € 2.028,00 jährlich bei einer Behaltefrist von 60 Monaten. Das ist dann hochgerechnet ein enorm hoher Betrag, nämlich € 10.140,00, und wir haben uns dann angeschaut, was würden die einzelnen Komponenten kosten, wenn man sie einfach so kauft, ohne dann natürlich von den angebotenen Service oder so zu profitieren.

Für mich ist jetzt die

Frage

an Sie, Herr Finanzstadtrat, ganz klar: Wie ist die gewaltige Differenz zwischen den gegenwärtig für den Arbeitsplatz eines Magistratsmitarbeiters anfallenden Kosten in der Höhe von jährlich € 2.028,00 bei einer Behaltefrist von 60 Monaten somit gesamt

€ 10.140,00 gegenüber den deutlich geringeren Kosten für die einzelnen Komponenten, im Beispiel € 1.674,30 zu erklären.

Vielen Dank.

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat!

Seit Beginn dieser Gemeinderatsperiode versuchen Sie die städtischen Finanzen in ruhigere Fahrwässer zu bringen und den städtischen Haushalt zu stabilisieren.

Erst kürzlich wurde (wieder einmal) medial bekannt (siehe <https://steiermark.orf.at/stories/3262644/>), dass es ohne massive Einsparungen in allen

Ressorts und in allen Bereichen nicht gelingen wird, den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren stabil zu halten.

Einsparungspotentiale gibt es viele, so auch offensichtlich bei der ITG: So werden gegenwärtig (siehe Grafik) für einen Arbeitsplatz eines Magistratsmitarbeiters scheinbar pro Jahr für die Bereitstellung der Technik exakt EUR 2.028,00 ausgegeben. Bei einer angegebenen Nutzungsdauer von 5 Jahren errechnen sich je Arbeitsplatz unglaublich hohe Kosten von EUR 10.140,00 (!) pro Arbeitsplatz.

Die Kosten für einen Laptop Latitude 5540 liegen laut DELL-Website allerdings nur bei (einmalig) EUR 1078,78. 2x 24 Zoll Monitor durchschnittlicher Qualität kosten je EUR 152,59, eine Dockingstation EUR 238,51 und sowie weiteres Zubehör (Maus&Tastatur Wireless) EUR 51,83. Daraus ergeben sich für einen Arbeitsplatz deutlich geringere Anschaffungskosten von rund EUR 1.674,30.



Symbolbild

Mobiler Arbeitsplatz 14"



EUR 0,00

jährlich 2.028,00

Behaltefrist: 60 Monate

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz*

Wie ist die – gewaltige – Differenz zwischen den gegenwärtig für einen Arbeitsplatz eines Magistratsmitarbeiters anfallenden Kosten in der Höhe von jährlich EUR 2.028,00 (bei einer Behaltefrist von 60 Monaten somit gesamt EUR 10.140,00), gegenüber den deutlich geringeren Kosten für die einzelnen Komponenten (im Beispiel: EUR 1.674,30), zu erklären?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Stadtrat bitte.

Stadtrat **Eber**:

Sehr geehrter Herr Klubobmann, lieber Alexis, tatsächlich ist es natürlich so, wenn man jetzt die Hardware sich anschaut, dann scheinen die Kosten natürlich für einen IT-Arbeitsplatz für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Haus Graz sehr hoch zu liegen. Allerdings geht es nicht nur um die Hardware, sondern es wird natürlich der gesamte Arbeitsplatz, wo viele Dienste und Infrastrukturen gebündelt werden, betrachtet. Es soll ja auch den Mitarbeiter:innen ein effizientes Arbeiten ermöglicht werden und vor allem auch, was die Stadt Graz und das Haus Graz angeht, ein sicheres Arbeiten. Das bedeutet, der genannte monatliche Servicepreis von € 2.028,00 beinhaltet nicht nur die Anschaffungskosten, sondern auch den Betrieb, die Betreuung, die laufenden externen Anbieterkosten und beinhaltet beispielsweise auch die Software, beinhaltet

die ITG Service Line von 6.30 bis 17.00 Uhr, wobei ich an dieser Stelle anmerken möchte, aus eigener Erfahrung, dass man da wirklich sehr freundliche und sachkundige Betreuung erfährt. Es beinhaltet die ganze E-Mail-Infrastruktur, den elektronischen Akt, Signaturlösungen, Dokumentenmanagementsysteme, E-Government, Datei- und Speicherdienste und vieles mehr und von daher werden diese Kosten natürlich weiterverrechnet. Also gerade, was die Lizenzen anbelangt, ist es ja so, man kann sich vorstellen, beispielsweise im Stadtvermessungsamt oder auch im Rechnungswesen werden ganz spezielle Lösungen natürlich benötigt und die werden natürlich also auf diesem Wege weiterverrechnet und deshalb kommt es zu diesen scheinbar sehr hohen Kosten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Zusatzfrage bitte.

Klubobmann **Pascuttini**:

Danke, Herr Stadtrat, das sind ja doch sehr, sehr hohe Kosten, also wir haben dann selbst auch ein bisschen versucht, Angebote zu konfigurieren, sich dann angeschaut, gibt es vielleicht am Markt etwas Billigeres, ohne jetzt natürlich alle Lizenzen zu kündigen, die gerade, wie Sie richtig angesprochen haben, durch das Stadtvermessungsamt und dergleichen, andere Behörden brauchen. Für uns ist das dennoch ein sehr hoher Preis, wenn man das auf fünf Jahre rechnet, vor allem auch, dass dann verpflichtend getauscht werden muss, nach Ablauf der fünf Jahre widerspricht ja ein bisschen dem Nachhaltigkeitsgedanken, wenn man sagt, ok, gut, die Geräte halten ja heute doch hoffentlich länger als fünf Jahre. Beziehungsweise bei diesem Service müssten sie länger als fünf Jahre halten, weil die müssen ja im besten Zustand sein, wenn die für rund € 2.000,00 da jährlich im besten Zustand erhalten bleiben. Jetzt ist für uns natürlich die Frage, sehr geehrter Finanzstadtrat, werden Sie sich nach günstigeren Angeboten umsehen, die gleiche Leistung erbringen, aber

vielleicht von den Kosten her etwas niedriger liegen werden? Also werden Sie diese Frage zum Anlass nehmen, besser formuliert, in der Kostenstruktur etwas zu verändern.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Stadtrat bitte.

Stadtrat **Eber**:

Danke für die Zusatzfrage, die ja fast zu erwarten war, muss man sagen, von daher haben wir uns auch Überlegungen gemacht, natürlich, wie würden wir oder wie könnten wir denn wirklich umgehen mit dieser Frage?

Fakt ist jedenfalls, wir haben rund 6.000 IT-Arbeitsplätze im Haus Graz, also Magistrat, Holding und andere Beteiligungen, und das bedeutet, man kann nicht zum nächsten Shop gehen sozusagen, sich da etwas zukaufen, sondern es geht da natürlich um eine Gesamtlösung mit dem gesamten Service für sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das bedeutet aber natürlich auch, dass man sich da in eine gewisse Abhängigkeit begeben würde. Das heißt, wenn ein privates Unternehmen diesen Service anbieten würde, hätte man nicht unbedingt die Gewähr, dass das in zwei, drei, fünf, sieben Jahren immer noch recht günstig ist. Vor allem, und das ist mir auch ganz wichtig, geht es darum, dass die Stadt Graz hier auch eine gewisse Unabhängigkeit hat und eine gewisse Sicherheit damit auch verbunden ist. Deswegen bin ich der Überzeugung, dass wir mit der ITG, die ja ein Tochterunternehmen von Holding und Stadt Graz ist, eine sehr gute Lösung gefunden haben. Aber natürlich, das kann ich vielleicht noch anmerken, gilt es immer, die Kosten hier zu optimieren und zu schauen, wo es tatsächlich Einsparungspotentiale gibt, wo man noch billiger und besser werden kann.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Ich darf den Vorsitz an Kollegin Judith Schwentner übergeben und Herrn Gemeinderat Pointner bitten, seine Frage an mich zu richten.

Vorsitzwechsel – Bgmⁱⁿ-StV.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.50 Uhr)

**5.2 Frage 2: “Budget-Hearings” in Haushaltsordnung verankern
(GR Mag. Pointner, NEOS, an Bgm.in Elke Kahr, KPÖ)**

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher an den Geräten oder hier noch. Meine Frage betrifft Budgethearings in die Haushaltsordnung. Wir haben in den vergangenen Wochen im Zentrum des Bildungsbudgets der Stadt Graz von intensiven Diskussionen gehabt. Es wurde medial berichtet, dass zuletzt eine Zusatzfinanzierung von € 1.500.000,00 in Aussicht gestellt wurde, und trotzdem entstehen erhebliche Zweifel, ob diese Mittel dem tatsächlichen Bedarf überhaupt gerecht werden und ob die geplanten Mittel ausreichen, um den dringend benötigten Ausbau von Kindergärten und Kinderkrippen zu ermöglichen. Das ist ein Beispiel jetzt für meine Frage, denn an dem wird sichtbar, dass sich die Budgetplanung für die kommenden Jahre stark an den politischen Zielen der jeweiligen Regierung orientiert. Deshalb wurde im vergangenen April im Rechnungsabschluss für das Jahr 2023 vom Stadtrechnungshof festgehalten, dass nicht einmal die Hälfte der zuvor beschlossenen Investitionen umgesetzt wurde. Nicht einmal die Hälfte der beschlossenen Investitionen wurde umgesetzt. Ich muss das wiederholen, weil politische Ziele somit verfehlt wurden.

So haben wir NEOS im April einen Antrag eingebracht, der sicherstellen sollte, dass jede Regierung ihre eigenen politischen Ziele auch umsetzen und keinen

Investitionsstau verursachen kann. Denn ein solcher Investitionsstau wäre eben gerade im Bildungsbereich fatal. Die Einhaltung genau dieser Ziele soll in weiterer Folge auch überprüfbar werden. Dieser Antrag hat deshalb einen Passus zur Einführung von sogenannten Budgethearings in der Objektivierungsrichtlinie und das wurde im Gemeinderat auch einstimmig so beschlossen. Nicht in der Objektivierungsrichtlinie, sondern in der Haushaltsordnung. Sorry, kleiner Fehler. Diese Hearings sollen sowohl dem Finanzausschuss als auch den betreffenden Fachausschüssen die Möglichkeit geben, die Ressortbudgets bereits im Vorfeld eingehend zu prüfen und auch die Ziele der ressortverantwortlichen Stadtsenatsmitglieder zu hinterfragen, auch die mittelfristigen und langfristigen. Dadurch bekommt der Gemeinderat die Möglichkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Budget und kann somit seine Funktion als oberstes Kontrollorgan wieder verstärkt und verbessert durchführen. Auch die Grazerinnen und Grazer würden natürlich davon profitieren.

Nun ist diese Anpassung der bestehenden Haushaltsordnung trotz einstimmigen Beschlusses bis heute nicht erfolgt, und das bedeutet, dass wir, sollte es dieses Jahr stattfinden, eigentlich in einem Graubereich des Goodwills agieren und nicht auf Basis einer eigentlich schon längst zu beschließenden Rechtsgrundlage.

Deshalb frage ich Sie, werte Frau Bürgermeisterin, wann wird die beschlossene und dringend notwendige Anpassung der Haushaltsordnung endlich umgesetzt, um die dringend notwendige Transparenz und strategische Steuerung der städtischen Finanzen sicherzustellen.

Originaltext der Anfrage:

In den vergangenen Wochen stand das Bildungsbudget der Stadt Graz für die kommenden Jahre im Fokus intensiver Diskussionen. Wie medial berichtet wurde zuletzt eine Zusatzfinanzierung von 1,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Trotzdem bestehen erhebliche Zweifel, ob diese Mittel dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden und ob die geplanten Mittel ausreichen, um den dringend benötigten Ausbau von Kindergärten und Kinderkrippen zu ermöglichen. An diesem Beispiel wird ersichtlich, dass sich die Budgetplanung für die kommenden Jahre stark an den politischen Zielen

der jeweiligen Regierung orientiert. Nicht zuletzt deswegen spricht man beim Budget gerne von der "in Zahlen gegossenen Politik."

Vergangenen April wurde im Rechnungsabschluss für das Jahr 2023 vom Stadtrechnungshof festgehalten, dass nicht einmal die Hälfte der zuvor beschlossenen Investitionen umgesetzt wurden - Ziele somit verfehlt wurden. Deshalb haben NEOS im April einen Antrag eingebracht, der sicherstellen sollte, damit jede Regierung ihre eigenen politischen Ziele auch umsetzt und keinen Investitionsstau verursacht. Ein solcher Investitionsstau wäre gerade im Falle des Kindergartenausbaus fatal. Die Einhaltung genau dieser Ziele soll in weiterer Folge auch überprüfbar werden. Diesen Antrag, der einen zusätzlichen Passus zur Einführung von sogenannten Budget-Hearings in der Objektivierungsrichtlinie vorsah, wurde im Gemeinderat auch einstimmig beschlossen (siehe dazu [A8-205505/2022-05](#), Seite 37f).

Diese Hearings sollen sowohl dem Finanzausschuss als auch den betreffenden Fachausschüssen die Möglichkeit geben, die Ressortbudgets bereits im Vorfeld eingehend zu prüfen und die damit einhergehenden Ziele der ressortverantwortlichen Stadtsenatsmitglieder zu hinterfragen. Damit würde nicht nur dem Gemeinderat die Möglichkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Budget ermöglicht, sondern auch seine Funktion als oberstes Kontrollorgan würde im weiteren Verlauf gestärkt werden. Die Grazerinnen und Grazer würden dadurch ebenfalls profitieren, indem mehr Planungssicherheit gewährleistet und die Verteilung der städtischen Finanzmittel transparenter gemacht würden.

Damit die Budget-Hearings tatsächlich umgesetzt werden können, ist eine Anpassung der bestehenden Haushaltsordnung der Stadt Graz, wie im erwähnten Antrag vorgeschlagen, erforderlich. Bis heute findet sich der entsprechende Passus jedoch nicht in der genannten Verordnung.

Man agiert im Graubereich des "politischen Goodwills" und nicht aufgrund einer eigentlich schon längst beschlossenen Rechtsgrundlage, weshalb ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage

an Bürgermeisterin Kahr stelle:

Wann wird die beschlossene und dringend notwendige Anpassung der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz endlich umgesetzt, um die dringend notwendige Transparenz und strategische Steuerung der städtischen Finanzen sicherzustellen?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Genau wie Sie es gesagt haben, hat es diesen Beschluss einstimmig im Gemeinderat gegeben und deshalb ist auch eine Novelle der Haushaltsordnung gerade jetzt in Arbeit und steht auch kurz vor der Fertigstellung. Der fachliche Input kommt dabei von der Finanzdirektion, logischerweise. Wie Sie angesprochen haben im Motivenbericht, werden laut Finanzdirektion genau diese Punkte auch Eingang finden in die Novelle der Haushaltsordnung.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Klubobmann **Pascuttini**:

Danke für die Antwort, das ist sehr beruhigend, aber für dieses Jahr würde ich Sie da doch gerne nachfragen. Damit das stattfinden kann, ordentlich stattfinden kann, werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dafür Sorge tragen, dass diese besprochenen Hearings bereits heuer sinnvoll stattfinden können?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich kann es versichern, das habe ich mit dem Herrn Stadtrat Eber und auch mit der Finanzdirektion, so besprochen worden und das wird Eingang finden.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Frau Bürgermeisterin.

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (13.55 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nächster Fragesteller Herr Gemeinderat Wagner, er stellt seine Frage an Kollegen Stadtrat Kurt Hohensinner.

**5.3 Frage 3: Österreichische Kinder an den Grazer Brennpunktschulen
(GR Wagner, FPÖ, an StR Kurt Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt bin ich fast mit dem Pult zu weit heruntergefahren, dass mir das einmal passiert, unglaublich. Aber jetzt wieder zurück zur Ernsthaftigkeit in der Sitzung.

Ich glaube, lieber Kurt, du kennst die Geschichte der verzweifelten Mutter, deren Tochter - vielleicht hörst kurz zu, das wäre ganz nett - die einzige Österreicherin in der Klasse ist. ORF1 hat da eh berichtet: Mobbing, psychische und physische Gewalt, kulturelle Konflikte und der dysfunktionale Unterricht bestimmen ihren Alltag. In einer Klasse bestehend aus überwiegend außerordentlichen Schülern ist es halt schwer bis

nicht möglich, einem einheimischen Kind wirklich die Bildung zu gewähren, die, ich glaube, wir uns alle vom Schulsystem auch zu Recht erwarten. Es ist offensichtlich, dass eben Schüler an den sogenannten Brennpunktschulen, wie es in Graz jetzt leider ein paar gibt, und weniger werden davon leider nicht, in denen Schüler einen massiver Bildungsnachteil gegenüber anderen Schülern an normalen Schulen erleiden. Diesen Nachteil aufzuholen, ich glaube, das ist im Sinne unser aller und vor allem sozial schwacher Familien. Für die ist das ohne Hilfe nicht zu stemmen und stellt unüberwindbare Herausforderungen dar. Deswegen müssen wir natürlich alle Hebel in Bewegung setzen, dass auch diese Schüler eine Chancengleichheit erfahren. Deshalb an dich folgende

Frage:

Welche Maßnahmen wirst du als Stadtrat für Jugend und Bildung innerhalb deines Wirkungsbereichs setzen, um die Situation für ebendiese österreichischen Kinder an Grazer Brennpunktschulen zu verbessern?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Geschichte einer verzweifelten Mutter aus Graz, deren Tochter die einzige Österreicherin in ihrer Klasse ist, sorgte in den letzten Wochen für großes Aufsehen. AUF1 berichtete über das Schicksal dieses Mädchens, welches von unserem Bildungssystem völlig im Stich gelassen wurde.¹ Mobbing, psychische und physische Gewalt, kulturelle Konflikte und ein dysfunktionaler Unterricht bestimmen ihren Alltag. In einer Klasse bestehend aus überwiegend außerordentlichen Schülern ist es nicht möglich, einem einheimischen Kind jene Bildung zu gewähren, die wir uns von unserem Schulsystem zu Recht erwarten.

¹ AUF1: Verzweifelte Mutter: Tochter ist einzige Österreicherin in Klasse, <https://www.youtube.com/watch?v=DvB0LgBR7o&t=2s>

Es ist offensichtlich, dass Schüler in Brennpunktschulen, wie es sie in Graz leider immer häufiger gibt, einen massiven Bildungsnachteil im Vergleich zu Schülern an normalen Schulen erleiden. Diesen Nachteil aufzuholen, ist gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien oft eine geradezu unüberwindbare Herausforderung. Daher müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die bestehenden Missstände zu beheben und Chancengleichheit für alle zu schaffen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Welche Maßnahmen werden Sie als Stadtrat für Jugend und Bildung innerhalb Ihres Wirkungsbereiches setzen, um die katastrophale Situation für österreichische Kinder an den Grazer Brennpunktschulen zu verbessern?

Stadtrat **Hohensinner:**

Sehr geehrter Gemeinderat, lieber Günter, ja, die Herausforderungen sind in unseren Kindergärten und Schulen in den letzten Jahren aufgrund des Zuzugs gestiegen und die Probleme sind mehr geworden. Da möchte ich keinesfalls etwas beschönigen. Ich habe das auch nie getan, im Gegensatz zu anderen. Ich habe immer gesagt, und das ist auf Jahre zurück nachlesbar, dass wir eine restriktive Zuwanderungspolitik brauchen, um unsere Systeme, wie das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, das Wohnen und das Soziale, auch für die nächsten Jahre abzusichern. So wie unser Landeshauptmann Christopher Drexler kürzlich betont hat, haben unsere Kinder auch ein Grundrecht auf Bildung. Wenn es zunehmend schwieriger wird, dass unsere Kinder in den Schulen lesen, schreiben und rechnen lernen, dann braucht es auch zukünftig von der zukünftigen Bundesregierung eine restriktive Asylpolitik, die gehört fortgesetzt beziehungsweise auch aus meiner Sicht verschärft.

Ein wesentlicher Faktor, den die Stadt beim Zuzug selbst in der Hand hat, ist, ob man Pull-Faktoren schafft oder nicht. Wenn man die Sozialbudgets unverhältnismäßig aufbläst, dann erzeugt man einen Pull-Faktor und viele Leute werden sich überlegen, wohin sie ziehen. Da ist natürlich Graz eine Zielstadt.

Ein weiterer Faktor ist die Integrationspolitik, und ich war in diesem Haus zehn Jahre Integrationsstadtrat. Für mich war immer klar, dass wir eine ganz intensive und aktive Integrationspolitik brauchen. Dieses Thema ist das Zukunftsthema, aber es braucht ein Fördern und ein Einfordern. Aus meiner Betrachtung forciert mein Nachfolger, der Robert Krotzer, vor allem das Fördern und das Fordern kommt aus meiner Sicht zu kurz. Ein Beispiel ist das Projekt „Gegenlicht“, das konnte ich noch in der letzten Periode initiieren. Da geht es darum, dass wir gefährliche Parallelgesellschaften, die entstehen, bekämpfen, möglichst gar nicht zulassen, also schon präventiv einwirken. Dieses Projekt wird leider seitens Robert Krotzer auch, also das Geld wird nicht komplett gestrichen, aber leider wird dieses Projekt ausgehungert, was mich zum letzten Punkt führt.

Diesen Punkt hast du angesprochen, der Bildungsbereich. Da bin ich jetzt nicht für die Lehre in den Schulen zuständig, aber für vieles andere, wie zum Beispiel auch für die Kindergärten und für die Sprachförderung. Da ist wirklich das oberste Gebot, dass wir die Sprachförderung extrem ausbauen, damit die Kinder schon im Kindergarten Deutsch lernen, dass sie, wenn sie in die Schule eintreten, dem Unterricht folgen können. Da ist wirklich sehr viel in der Vergangenheit gelungen. Ich habe mir den YouTube-Beitrag angesehen. Da möchte ich schon eines sagen: Wir dürfen nicht nur von der Muttersprache reden, weil es gibt ganz viele Familien, die haben eine andere Muttersprache und die Kinder sind super aufgestellt, was das Deutsch anbelangt. Ich habe gerade vorhin meinen Sportamtsleiter getroffen, den Thomas Rajakovics. Jetzt kann man sagen, dass die Kinder, weil seine Frau aus einem anderen Land kommt, eine andere Muttersprache haben, aber die Kinder haben bereits großartig maturiert. Also man darf das nicht so vermischen. Wir müssen ansetzen beim Sprachförderbedarf und den versuche ich auch Schritt für Schritt auszubauen.

Ich möchte nur an dieser Stelle sagen, dass das derzeitige Budget mich hier an Grenzen bringt. Ich habe das auch angeführt und ich habe jetzt Gott sei Dank eine Nachbedeckung bekommen. Mit dieser Nachbedeckung schaffen wir allerdings nur die Valorisierung und ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass in der Sprachförderung jeder Cent ganz, ganz wichtig ist. Also da müssen wir wirklich die Mittel verstärken, dass die Kinder dann auch wirklich Deutsch können, wenn sie in die Schule eintreten. Zu guter Letzt zu einem Ansatz, der sehr oft in den Raum gestellt wird, dass wir die Kinder auf das Stadtgebiet aufteilen. Also die Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben. Das klingt immer sehr nach einer leichten Lösung, aber das geht halt nicht, weil man kann die Kinder nicht zwangsaufteilen, vor allem nicht im Kindergarten, nicht in der Volksschule, weil ja natürlich auch das Schul- oder Kindergartenumfeld wichtig ist. Und wir haben natürlich nirgendwo freie Plätze. Das heißt, ein Aufteilen geht nicht wirklich, weil das würde bedeuten, wenn ich Kinder aus dem Bezirk Gries nach Waltendorf oder nach Mariatrost haben möchte, müsste ich auf der anderen Seite in Mariatrost und in diesen Bezirken den Eltern sagen, ihre Kinder dürfen nicht in ihrem Heimatbezirk in den Kindergarten gehen.

Ich habe deswegen auch mit der Uni Graz eine Studie in Auftrag gegeben, das liegt schon zwei Jahre zurück. Die Studie kann ich auch gerne allen Gemeinderäten schicken. Da haben wir weltweit untersucht, welche Aufteilungsmöglichkeiten es gibt und es hat sich herausgestellt, dass man mit einem Anreizsystem sehr wohl etwas bewirken kann. Das geht einerseits mit der Stadtentwicklung, zweitens mit Elterninitiativen und drittens mit Schwerpunktschulen. Der dritte Punkt funktioniert ganz gut, wenn wir Schulen mit speziellen Ressourcen ausstatten, das hat der Bund gemacht, das haben wir über die Stadt gemacht. Wir haben auch vor allem bei den Mittelschulen jetzt überall Schwerpunkte gesetzt. Das funktioniert, dass die Eltern dann von sich aus sagen, ich möchte das Kind in einem anderen Bezirk in die Schule geben. Also das können wir weiter diskutieren. Natürlich kommen wir an die Grenzen, meine Redezeit ist schon längst überschritten, aber das ist für mich wirklich ein ganz wichtiges Thema.

Ein Angebot noch an die Mutter, die in dem Video vorkommt: Bitte, wenn es dir wirklich viel wert ist, dass wir dieser Mutter helfen, gib meine Telefonnummer weiter und ich mache sofort einen Termin mit dieser Mutter und dann schauen wir, wie wir unterstützen können. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Stadtrat Krotzer zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Stadtrat **Krotzer**:

Ich muss mich jetzt zu einer tatsächlichen Berichtigung melden, zu den Ausführungen von Kurt Hohensinner: Wir würden das Projekt „Gegenlicht“ finanziell aushungern, das ist ganz und gar nicht der Fall. Dieses Projekt ist von dir im Wahljahr 2021 gestartet worden, von 0 auf € 80.000,00. Uns war es ein Anliegen, dass alle Projekte gut weitergeführt werden können. Es gibt ja seit vielen Jahren das gemeinsam von Land Steiermark und der Stadt Graz finanzierte Projekt „next - no to extremism“ und wir haben uns das dann angesehen, um beide Projekte gut fortsetzen zu können, dass wir die beiden Projekte gleich behandeln und dass wir dem Verein Gegenlicht oder sozusagen das Projekt „Gegenlicht“ auch mit einer, glaube ich, kann man wirklich so sagen, einer sehr stolzen Subventionssumme weiterhin unterstützen in seiner Tätigkeit. Also von einem Aushungern kann hier keine Rede sein. Das möchte ich zurückweisen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage bitte Herr Gemeinderat Wagner.

Gemeinderat **Wagner:**

Danke für die ausführliche Antwort. Bei deiner Wortmeldung zum Thema Zuwanderung, da habe ich mich fast wie am Parteitag der FPÖ gefühlt. Ist ja wirklich schön, aber eines muss ich schon sagen: Genau der Landeshauptmann Drexler ist wenig glaubwürdig, was restriktive Zuwanderung angeht. Aber nichtsdestotrotz habe ich mitgenommen, ich habe gehört, welche Dinge gemacht werden, ich habe gehört, welche Dinge nicht gehen, aber was mich gefreut hat, du hast da Dinge angesprochen, die gehen und die funktionieren. Das ist die Elterninitiative und die Schwerpunktschulen. Meine Zusatzfrage lautet dahingehend, ob du genau diese Projekte weiterverfolgen und weiter ausbauen wirst, weil es im Schluss ja darum geht, eben die Probleme zu lösen.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch einmal, bevor du die Antwort gibst, Danke sagen für das Angebot. Die Nummer gebe ich sehr gerne weiter, ich hoffe, die Dame meldet sich und ihr kann dann auch dementsprechend, und vor allem der Tochter, kann dementsprechend geholfen werden.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat **Hohensinner:**

Ich meine, ich verstehe, dass jeder versucht, eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl Parteipolitik zu machen. Gerade das Integrationsthema ist ein Thema, das uns darüber hinaus sehr beschäftigen wird.

Aber zu deiner Frage, natürlich möchte ich diese Projekte fortsetzen und ausweiten. Das Ausweiten geht aber nur mit den finanziellen Ressourcen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Mina Naghibi, ihre Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner zu stellen.

**5.4 Frage 4: Vermittlung von Tageseltern an Familien
(GRⁱⁿ Naghibi, KPÖ, an StR Kurt Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Gemeinderätin **Naghibi**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Stadtsenat, werte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen der Stadt Graz. Jeder und jede von uns hat bestimmte Berufswahlmotive, die ihn oder sie dazu gebracht haben, unseren Erstberuf oder auch die politische Arbeit aufzunehmen, so auch ich.

Als 2017 mein Sohn Jonathan auf die Welt kam, hatte ich gerade einmal drei Dienstjahre als Elementarpädagogin hinter mir, konnte aber in der Zeit davor auch schon sehr viel Erfahrung sammeln mit Familien unterschiedlichen Milieus, unterschiedliche Bedürfnisse, sei es sie waren noch in Ausbildung, sei es sie waren Vollberufstätige, sei es sie waren Arbeiter oder Angestellte oder Akademiker, Akademikerinnen, eins hatten sie alle gleich: Das Bedürfnis, dass ihr Kind in guten Händen ist, während sie lernen oder arbeiten oder etwas für ihre Psychohygiene machen, nennen wir es so. Und bei mir selbst muss ich sagen zu den Worten vom Herrn Bildungsstadtrat vorhin, der Grund, einer der Hauptgründe über Fleiß und Intelligenz hinaus, das darf ich über mich sagen, dass ich hier stehe als Kind von Migranten, die 13 Jahre lang keine Staatsbürgerschaft hatten, der Vater Zeitungskolporteur, die Mutter Hausfrau, ist eine starke Sozialpolitik. Diese hat in Österreich oder in Graz mal abgenommen, mal zugenommen, aber es ist auf jeden Fall so, dass mit einer starken Sozialpolitik gesellschaftliche Probleme dieser Art, wie wir sie jetzt monatlich diskutieren, zurückgehen und nicht verschärft werden.

Jetzt zurück zu den Kindergärten und Krippen. Wir alle wissen um die Tatsache, dass es in Graz nach wie vor einen sehr großen Bedarf gibt an Krippen- und Kindergartenplätzen. Ich kann mich selbst erinnern, 2017 ist der Jonathan auf die Welt gekommen. Mir war es wichtig, zwei Jahre in Karenz zu gehen. 2019 war geplant, ich komme zurück in die Arbeit. Meine Chefin hat damals schon die Hände über den Kopf zusammengeschlagen, weil nur zwei Jahre waren vier unterschiedliche Pädagog:innen für mich als Vertretung. Also 2017 war die Personalflut schon voll im Gange und der Platzmangel auch, denn ich kann mich noch sehr gut an das Gespräch erinnern, das ich mit dem ABI gehabt habe, die großartig Mittel, die sie gehabt haben, zur Verfügung gestellt haben, die mir aber gesagt haben, Frau Naghibi, sie sind selber noch in Karenz der Vater ist Student, da ist keine Chance, dass sie einen Platz bekommen für ihr Kind, einen Krippenplatz. Und was mir damals wirklich sehr, sehr geholfen hat, war eine Tagesmutter. Und ich denke, dass es nach wie vor so ist, dass wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass es neben der Qualität und der Verbesserung der Rahmenbedingungen noch an mehr Plätzen braucht. Aber unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, laufend Ressourcen zu evaluieren, die da sind, und zu schauen, ob sich auch da etwas machen lässt. Wenn wir jetzt in Absprache immer wieder mit Tageseltern und Trägern dieser Tageseltern sind, stellt sich heraus, dass es da noch sehr, sehr viele Plätze gibt, die auch eine Flexibilität anbieten, die manchmal in Krippen nicht möglich ist. Also, es hat natürlich jede Betreuungs- und Bildungsform ihre Vor- und Nachteile.

Daher meine

Frage

an dich, werter Bildungsstadtrat: Was unternimmst du, damit Eltern besser über Angebote und Vorteile von Tageseltern informiert werden, weil es halt nach wie vor so ist, dass es da so viele freie Plätze gibt, dass es ja vom Land Steiermark sogar eine Überbrückungsförderung gibt für die Tageseltern, damit sie dann finanziell nicht vor dem Existenzminimum stehen? Und ja, was können wir da tun in die Richtung?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Wir alle wissen um die Tatsache, dass es in Graz einen großen Bedarf an weiteren Kinderkrippen und -gärten gibt. Uns ist auch bewusst, dass dies noch Zeit und weitere Ressourcen benötigen wird. Unsere Aufgabe als Politiker:innen ist es, lösungsorientiert auf die gegenwärtige Lage zu reagieren.

Während bestehende Kinderkrippen und -gärten immer wieder Überschreitungen in Kauf nehmen oder gar Familien abweisen müssen, höre ich immer wieder von Tageseltern und deren Trägern, dass sie über viele freie Kontingente verfügen, dass es für einige sogar existenzbedrohend ist. Nicht umsonst hat der Landtag 2023 die „Überbrückungshilfe für Tageseltern“ im Rahmen der Novellierung des steirischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes gesetzlich verankert.

Offensichtlich gibt es hier noch Potential, Tageseltern und Familien, zum Vorteil beider Seiten, besser zusammen zu bringen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

Frage

Was unternimmst du, damit Eltern besser über Angebote und Vorteile von Tageseltern informiert werden?

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke vielmals. Bitte, Herr Stadtrat.

Stadtrat **Hohensinner**:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ja, ich glaube, wir sind uns einig, dass es für die Kinder, die einen Betreuungsplatz brauchen, einen qualitativ hochwertigen Platz auch benötigt. Das ist vielleicht für ein Kind ein Tageselternplatz, für das andere ist vielleicht ein Kinderkrippenplatz besser oder geeigneter.

Wo wir uns nicht ganz einig sind, ich weiß nicht, ob wir uns vielleicht nicht einig sind, aber mit deiner Fraktion bin ich nicht ganz handelseins, ist das Budget, was es braucht, um die Kinderbetreuung wirklich jetzt in den nächsten Jahren aufgrund der gesetzlichen Änderungen, der Absenkung etc. in eine gute Richtung zu bringen.

Ich möchte schon noch einmal betonen, ich habe jetzt wirklich monatelang für ein gescheites Budget gekämpft. Ich habe mich engagiert. Ich finde das einfach, ich sage es in aller Härte, entbehrlich bis letztklassig, dass eine Frau Klimt von der KPÖ mir ausrichten lässt über irgendeine Diskussionsveranstaltung, dass der Hohensinner nicht so jammern soll. Jetzt plötzlich gibt es eine Nachbedeckung. Ich freue mich über die Nachbedeckung und ich sage euch, ich wäre, und da sind wir gerade mit der Abteilung dahinter, wir werden jeden Euro ganz gut für die Bildung einsetzen. Aber ich muss euch auch sagen, es wird leider nicht ganz ausreichen, dass wir auch in Zukunft für alle berufstätigen Eltern einen Platz anbieten können.

Deine Frage verwundert mich ein bisschen, eigentlich mehrfach, weil ja, die ABI ist hauptsächlich zuständig für die Vergabe von Schulplätzen, Kinderkrippenplätzen, Kindergartenplätzen, aber natürlich auch von Plätzen, was Tageseltern betrifft. Du hast jetzt beschrieben, es sind so viele Plätze frei. Ich habe deine Frage zum Anlass genommen und habe die Abteilung gebeten, durchzutelefonieren. Es gibt ja einige Träger, die Tageselternplätze anbieten, und es hat sich herausgestellt, es gibt dort kaum freie Plätze. Also auch dort ist ein hoher Druck. Es gibt sicher Einzelfälle, aber bitte gebt mir diese Einzelfälle weiter. Wir freuen uns, dass wir dann zusätzlich Plätze zu vergeben haben, aber jetzt nur, weil ihr leider nicht ausreichend Budgetmittel für die Kindergartenplätze bereitgestellt habt, umzuswitchen und zu sagen, so, und jetzt muss man quasi alles mit Tageselternplätzen kompensieren. Das wird so nicht funktionieren. Wir brauchen Tageselternplätze. Ich weiß nicht, welche Gemeinderätin

von euch bei der Feier, beim Jubiläum der Tageseltern mit dabei war. Eine kommunistische - du warst mit dabei - Gemeinderätin war dabei. Also die suchen händeringend nach neuen Tageseltern und da gibt es so ein Projekt, das heißt MERCADO, wo man speziell für Kinder mit Behinderung ein Angebot bereitstellt. Also das ist ein ganz wertvolles Angebot und da haben wir leider keine Plätze frei. Das Gegenteil ist der Fall, also da brauchen wir Eltern, die sich bereit erklären, eine Tageselternfunktion zu übernehmen.

Also mein Versprechen hast du, wir werden alles daransetzen und das ist jetzt keine Änderung. Wir haben einige Broschüren in der ABI, die nennt sich „Bildung findet statt“. Wir haben im ABI die Serviceschiene, da wird tagtäglich beraten. Da sind die Tageseltern ein wertvolles Angebot unsererseits, und das werden wir weiter forcieren. Ich habe auch geschaut, dass wir einfach auch die Tageseltern finanziell, nicht großartig, aber im Rahmen unserer Möglichkeiten, unterstützen. Und ich habe immer gesagt, das Land hat sehr strenge Vorgaben immer gemacht, was Wohnungen betrifft, und die waren fast überbordend, diese Vorgaben. Da haben einige Tageseltern dann gesagt, da machen wir nicht mehr mit. Aber Gott sei Dank hat Werner Amon hier nachgebessert, dass sich wieder Eltern bereit erklären, diese wertvolle Funktion zu übernehmen. Danke dafür an alle Tageseltern.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage, Frau Gemeinderätin?

Gemeinderätin **Naghibi**:

Also der Schwerpunkt bei meiner Fraktion, der lässt sich ganz leicht am Budget erkennen, weil wir einen Schwerpunkt darauf haben, alle Ressourcen einzusparen, damit dein Ressort gestärkt sein kann, dieses Jahr, nächstes Jahr und alle Jahre danach. Also zumindest, solange wir in der Regierung sind, kann man nicht sagen, ob sich das ändert, wenn die ÖVP wieder hier den Topf zum Ausgeben hat.

Ich verstehe nicht ganz, aus deiner Antwort geht hervor, du glaubst nicht, dass es so viele freie Plätze gibt. Also dieses Überbrückungsgesetz, das hat das Land Steiermark 2016 erstellt und 2023 im Frühjahr haben sie es noch einmal im Gesetz verankert, weil die Lage für die Tageseltern so arg ist, dass die immer noch nach dem Mindestlohn bezahlt werden und sie auch nicht einmal ein Fixgehalt haben. Weil nämlich auch der Anteil der Plätze, die vergeben werden, oft schrumpft, weil sie sie die Kinder dann wieder rausnehmen, sobald sich ein Platz in der Kinderkrippe auftut oder im Kindergarten. Das heißt, es lässt sich auch ganz klar erkennen, dass die Plätze unterschiedlich gewertet werden. Jetzt kennt jeder die Vor- und Nachteile von einer Kinderkrippe oder Tageseltern und letztendlich bleibt das eine persönliche Entscheidung, wofür. Aber ich denke schon, dass es aufschlussreich ist, wenn so ein hohes Maß an Plätzen frei ist, dass sogar das Land mit Förderungen einschreiten muss und das gesetzlich verankern muss, dass da Luft nach oben ist und daher wiederhole ich meine Frage, denn ich bitte dich als Bildungsstadtrat auch wirklich eine Antwort auf eine Frage zu geben. Das verlangt man von jedem Schüler und jeder Schülerin in der Schule. Was unternimmst du konkret, was möchtest du konkret unternehmen, damit das Angebot und vor allem die Vorteile von Tageseltern den Eltern gegenüber besser kommuniziert, klarer kommuniziert werden, sodass man hier verschiedenen Interessengruppen zum Wohl der Kinder dienen kann.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:

Eine Frage, zwei konkrete Antworten. Zum einen, du fragst, was tue ich, damit diese Plätze besser beworben werden, die frei sind. Ich habe dir geantwortet, die Abteilung von Günter Fürntratt sitzt hinten, hat deine Frage zum Anlass genommen und hat einen Rundruf getätigt. Sind es so viele freie Plätze? Nein, es sind nicht viele Plätze,

aber die Plätze, die da sind, die versuchen wir natürlich als Angebot über unsere Serviceschiene den Eltern bereitzustellen. Also es stimmt einfach nicht, dass so viele Plätze vorhanden sind. Ich würde mir wünschen, wenn mehr Plätze da sind. Und die zweite Sache, wie kann man das Tagesmütter-Väter-Dasein attraktiver machen? Da setze ich mich gerne einmal mit euch zusammen. Da hätte ich auch gute Vorschläge und du hast es angesprochen, sie haben kein Fixgehalt etc. Nehmen wir am besten den Manfred Eber mit zu dem Termin und schauen wir, wie wir das finanziell auch besser absichern. Aber das werde ich aus meinem Budget nicht stemmen können. Wenn du mir einen Termin vermitteln kannst mit Manfred Eber, dann machen wir das gemeinsam.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das ist ein Angebot. Auf jeden Fall kommt jetzt als nächster Fragesteller der Herr Gemeinderat Topf zum Wort und er stellt seine Frage eben an den Herrn Stadtrat Eber.

5.5 Frage 5: Park & Ride-Anlage in Graz Murpark (GR DI Topf, ÖVP, an StR Manfred Eber, KPÖ)

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer an der Galerie und im Livestream. Es geht wieder einmal um die Park & Ride-Anlage in Graz Murpark. Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, werter Manfred, die Park & Ride-Anlage in Graz-Murpark mit dem gleichzeitigen Angebot einer äußerst günstigen, das betone ich wirklich und unterstreiche, ÖV-Anbindung, die eine optimale Ost-West-Verbindung darstellt, ist eine hervorragende Lösung für alle, die vom Auto auf die Straßenbahn umsteigen wollen, insbesondere jene, die vom Osten kommen. Direkt an der Autobahnabfahrt gelegen könnten wir

damit verhindern, dass zusätzlicher Verkehr oder Verkehr insgesamt in Graz entsteht. Nachdem die derzeitige Park & Ride-Anlage in Graz Murpark bereits ausgelastet ist, das ist ja jeden Tag zu sehen, bestand bislang der politische Konsens, dass diese wichtige Anlage erweitert wird, und zwar um circa 500 Stellplätze. Aus diesem Grund hat die Stadt Graz weitblickend, wenn auch mit Zustimmung der KPÖ, mehrheitlich den Beschluss gefasst, für den Ausbau weitere Grundstücke anzukaufen. Da gibt es den Bericht an den Gemeinderat aus dem Juli 2021. Brauch ich nicht näher zu zitieren. Seitdem ist leider wenig passiert. Auf diverse Nachfragen und Anregungen, auch von meiner Seite, aber insbesondere auch von unserer Fraktion, bekamen wir immer wieder die Antwort, dass es eine gemeinsame Studie zwischen Land und der Stadt über den Ausbau der Park & Ride-Anlagen geben soll. Diese Studie wurde bis heute nicht präsentiert. Ich habe auch vernommen, dass diese Studie das Stadtgebiet von Graz nicht umfasst. Also es wird tatsächlich in dieser Studie möglicherweise in Bälde oder wann auch immer, die Park & Ride-Situation durchleuchte, angeschaut, was man machen kann. Aber die Stadt Graz ist in diese Studie bedauerlicherweise nach meinen Rücksprachen nicht umfasst. Es macht aus unserer Sicht bei dem konkreten Projekt auch wenig Sinn, wenn die Stadt Graz nicht umfasst ist. Hier gibt es ja bereits die Erfahrung, dass diese Park & Ride-Anlage gut funktioniert, da diese eine hervorragende Auslastung aufweisen. Zusätzlich bleibt für uns auch die finanzielle Frage. Wir haben ja das Grundstück angekauft, offen, wieso gibt es derzeitig diesen Ausbaustopp, obwohl man langfristig davon ausgehen kann, dass dieses Projekt nicht nur Kosten generiert, sondern tatsächlich auch Einnahmen für die Stadt Graz bringen kann. Also, wenn man das nutzen will, so wie es vorgesehen ist, kann man ja durchaus auch auf Einnahmen hoffen. Im Sinne des Motiventextes wäre es daher dringend notwendig, dass man diesen Ausbau ehestmöglich auf Schiene bringt.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie sehen die weiteren Pläne, beziehungsweise Schritte bezüglich des Grundstücks, dass für den Ausbau der Park & Ride-Anlage Graz Murpark angekauft wurde aus? Wie schaut das in Zukunft aus, was wird hier auf diesem Grundstück passieren?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Herr Finanzstadtrat!

Die Park & Ride-Anlage in Graz Murpark - mit dem gleichzeitigen Angebot einer äußerst günstigen ÖV-Anbindung, die eine optimale Ost – West Verbindung ist - ist eine optimale Lösung für alle, die vom Auto auf die Straßenbahn umsteigen. Direkt an der Autobahnabfahrt gelegen, könnten wir damit verhindern, dass Verkehr in Graz entsteht.

Nachdem die derzeitige Park & Ride-Anlage im Murpark bereits ausgelastet ist, bestand bislang der politische Konsens, dass diese wichtige Anlage erweitert wird, und zwar um 500 Stellplätze. Aus diesem Grund hat die Stadt Graz weitblickend den – auch mit Zustimmung der KPÖ – mehrheitlichen Beschluss gefasst, für den Ausbau weitere Grundstücke anzukaufen (Bericht an den Gemeinderat v. 8.7.2021, GZ. A8-2796/2021-47, A-8/4-091455/2018).

Seitdem ist wenig passiert. Auf diverse Nachfragen und Anregungen von uns, bekamen wir immer wieder die Antwort, dass es eine gemeinsame Studie zwischen Stadt und Land über den Ausbau der Park & Ride-Anlagen geben soll. Diese Studie wurde bis heute nicht präsentiert und macht aus unserer Sicht bei dem konkreten Projekt wenig Sinn. Hier gibt es ja bereits die Erfahrung, dass Park & Ride funktioniert, da die Auslastung hervorragend ist.

Zusätzlich bleibt für uns auch die finanzielle Frage offen. Wieso gibt es derzeit diesen Ausbaustopp, obwohl man langfristig davon ausgehen kann, dass dieses Projekt nicht nur Kosten generiert, sondern tatsächlich auch Einnahmen für die Stadt bringen kann.

Im Sinne des Motiventextes wäre es daher dringend notwendig, dass man diesen Ausbau ehestmöglich auf Schiene bringt.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich an Dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

„Wie sehen die weiteren Pläne bzw. Schritte bezüglich des Grundstücks, das für den Ausbau der Park & Ride-Anlage Graz Murpark angekauft wurde, aus?“

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Bitte Herr Stadtrat.

Stadtrat **Eber:**

Lieber Herr Gemeinderat, lieber Georg, meine persönliche Meinung zu diesem Projekt ist ja vielleicht bekannt. Wenn nicht, kann ich es gerne hier auch wiederholen. Ja, ich persönlich halte den Ausbau des Park & Ride-Parkplatzes Murpark für sinnvoll und auch notwendig.

Aber meine persönliche Meinung, mehr ist es nicht, ist keine fachliche Studie und keine Expertise, und ich bin ja auch kein Verkehrsplaner. Es gibt also nun zwei Studien, die sich mit Park & Ride-Plätzen beschäftigen. Das eine ist die von dir angesprochene gemeinsame Studie von Stadt und Land, wo ich ehrlich gesagt nicht davon ausgehe, dass wir sie vor der Landtagswahl noch erleben werden dürfen. Allzu viel Zeit ist da ja nicht mehr.

Es gibt auch eine zweite Studie, die zumindest federführend von der Grazer Verkehrsplanung gemacht wird, unter Zuständigkeit der Frau Vizebürgermeisterin. Sie hat ja in Aussicht gestellt, dass diese Studie im ersten Quartal 2025 fertiggestellt werden wird und dann natürlich auch präsentiert werden wird. Diese beiden Studien, oder zumindest die Zweite, die sich ja natürlich zielgerichteter mit dem Grazer Stadtgebiet beschäftigt, sind dann die Voraussetzung dafür, dass wir eine gute und fundierte Entscheidung treffen werden können.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön, Zusatzfrage Herr Gemeinderat?

Gemeinderat **Topf**:

Ja, Zusatzfrage, bezieht sich eben auf die zu erwartende und hoffentlich bald vorliegende Studie. Denn die Zusatzfrage muss ja effektiv lauten: Wenn ich schon vor drei Jahren ein Grundstück gekauft habe, das ist gleich, wenn ich sozusagen Wohnungen baue und dann sie nicht vermiete, also das ist für mich nicht verständlich. Wie lange möchtest du das betreffende Grundstück auch im Immobilienkohl, so sage ich einmal dazu, behalten, ohne dieses der vorgesehenen und auch beschlossenen Nutzung zuzuführen? Also wir haben dort ein Grundstück, das genutzt werden soll, das natürlich auch Investitionskosten mit sich bringt, aber das auch Einnahmen generiert. Ich denke schon, dass es möglicherweise auch in dieser Studie der Stadt Graz zumindest um dieses Grundstück gehen könnte, sage ich jetzt bewusst im Konjunktiv. Also wie lange willst du das noch behalten, ohne dass man weiß, was damit passiert?

Stadtrat **Eber**:

Davon gehe ich auch aus, dass dieses Grundstück von dieser Studie maßgeblich natürlich zumindest behandelt wird. Genau, um es mit deinen Worten zu sagen. Wir werden sehen, was die Studie dann ergibt, und bis dahin werden wir auf alle Fälle dieses Grundstück uns behalten. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Nächster Fragesteller ist Herr Klubobmann Dreisiebner. Er stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner.

**5.6 Frage 6: „Kinderbücher“ der FPÖ und Parteiwerbung auf Schulgrund
(KO GR Dreisiebner, Grüne, an StR Kurt Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Klubobmann **Dreisiebner**:

Geschätzter Herr Stadtrat, in meiner Frage geht es um etwas, was in den Medien im Oktober bekannt gemacht worden ist. Zuerst war das Profil, eine Jugendorganisation einer Partei, FPÖ, RFJ, hat ein Buch herausgebracht und verteilt das offenbar irgendwie an Schulen, zumindest in der Oststeiermark und in Kärnten aufgetaucht. Auch die Aussage, es würde in Graz zur Verteilung kommen, hat in diesem Profil-Artikel seinen Niederschlag gefunden. Jetzt geht es mir aber grundsätzlich um Wahlwerbung, die ja in Schulen, rund um Schulen, auf Schulgrund und im Umfeld – für das Umfeld bist du auch mitverantwortlich, das sage ich gleich dazu. Aber in Schulen und um Schulen zu verteilen, ist ja eigentlich untersagt und immer wieder kommt es zu Vorfällen und dahin dreht sich das alles. Ich mag aber noch zu dieser einen Sache schon sagen, ich hätte mir immer gedacht, dass man vielleicht versucht, 16-jährige Wahlberechtigte zu erreichen, aber dieses Buch zielt offenbar wirklich auf Kinder aus dem Pflichtschulbereich, MS oder Volksschule ab. Das mag aber der wahlwerbenden Gruppe unbenommen sein.

Was dazu gesagt werden muss, auch wenn es nicht direkt an Schulen verteilt wird, sondern eben zum Beispiel bei Eltern hineinkommt oder es möge nicht sein, über Lehrer:innen, dann wäre das in diesem Sinne eine sehr relevante Sache, egal von welcher Partei es kommt, das sage ich auch noch einmal dazu.

Und in diesem Sinne darf ich dich, lieber Herr Stadtrat Kurt Hohensinner, mit folgender

Frage

konfrontieren: Hast du Kenntnis darüber, dass im Nationalratswahlkampf oder, weil wir jetzt auch im Landtagswahlkampf stehen, an oder um Grazer Pflichtschulen, sprich auf den Grundstücken, Wahlwerbung verteilt wurde? Gibt es Beobachtungen, dass Parteiwerbung in Schulen kursiert ist?

Originaltext der Anfrage:

Im Oktober dieses Jahres berichtete zuerst das Magazin "Profil" und danach weitere Medien, dass an Schulen bzw. in deren Umfeld in der Oststeiermark und in Kärnten sogenannte Kinderbücher aufgetaucht sind, die von der Parteijugendorganisation der FPÖ herausgegeben und verteilt wurden.

[www.profil.at/oesterreich/fpoe-kinderbuch-schule-steiermark/402960073].

Den fragwürdigen Inhalt dieser Bücher und den ebenso fragwürdigen Fokus einer parteipolitisch tätigen Jugendorganisation auf offensichtlich nicht wahlberechtigte Schulkinder möchte ich nicht weiter diskutieren. Für die Schulen in Graz ist jedoch die Aussage der RFJ (Ring Freiheitlicher Jugend) lt. Nachfrage von „Profil“ interessant, dass diese „Kinderbücher“ im Zuge des Nationalratswahlkampf auch in Graz verteilt wurden.

Bekanntlich stehen wir in der Steiermark wieder vor einer Wahl und dass Verteilung von Parteiwerbung, oder hier wohl eher "Parteipropaganda", direkt an Schulen oder im direkten Umfeld von Schulen untersagt ist, scheint auch den FPÖ Nahestehenden bekannt zu sein. Wie sie damit aber umgehen, ist offen. Selbstverständlich kann nicht verhindert werden, dass an Orten weitab von Schulen dieses auf Kinder abzielende Machwerk auch in diesen Tagen an Kinder und Jugendliche verteilt wurde oder noch wird. Ebenso kann niemand ausschließen, dass dieses Kinderbuch bei dem einen oder anderen Elternteil Gefallen findet und über die Weitergabe an die eigenen Kinder an Schulen auftauchen könnte.

Solche Vorfälle von Parteipropaganda an Schulen bzw. auf Schulgrund sind strikt abzulehnen und sind, egal ob direkt an Schulkinder verteilt oder über Eltern an die Kinder geraten, aus unseren Schulklassen fernzuhalten. Darin werden sich Direktor:innen, Pädagog:innen, Elternvertreter:innen und Schulerhalter wahrscheinlich einig sein. Weil wohl nicht alle Lehrer:innen oder Elternvertreter:innen jede Nachricht in den Medien aufmerksam verfolgen, braucht es aber auch Wachsamkeit, Information

und Austausch. In diesem Sinne darf ich Dir, geschätzter Stadtrat Kurt Hohensinner, folgende

Frage

stellen:

Hast Du Kenntnis darüber, dass im Nationalratswahlkampf oder im darauf gleich anschließenden Landtagswahlkampf auf Schulgrund von Grazer Pflichtschulen Wahlwerbung verteilt wurde bzw. gibt es Beobachtungen, dass Parteiwerbung in Schulen kursiert ist?

Bürgermeisterin **Kahr:**

Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat **Hohensinner:**

Sehr geehrter Klubobmann, lieber Karl, ich habe von diesem Büchlein auch erst über den Format-Artikel erfahren. Ich habe jetzt im Zuge der Recherche mit unserer Bildungsabteilung, aber auch mit der Bildungsdirektion gesprochen und Sie haben leider oder Gott sei Dank, muss man eigentlich sagen, keine Wahrnehmung, dass dieses Büchlein in einer Grazer Pflichtschule verteilt wurde, auch in keiner höheren Schule. Ich muss sagen, Gott sei Dank wird dieses Werbeverbot ziemlich gut eingehalten in den Grazer Schulen. Ich sage, auch wenn es meine eigene Partei betreffen würde, ich würde sofort mit den Verursachern reden, das geht nicht. Wahrnehmungen habe ich in der letzten Zeit gehabt, das kommt immer wieder vor, Gott sei Dank, relativ gering, vor allem in den höheren Schulen. Da hat es einen Vorfall gegeben in einem Gymnasium, da hat ein Direktor quasi um Vorzugstimmen geworben. Also das ist eh schon aufgeklärt, er hat sich entschuldigt, das war bei der SPÖ und es hat auch Vorfälle gegeben um die Ortweinschule und nicht in der Schule. Deswegen ist es gar nicht wahrscheinlich verbietbar, aber ich finde es auch nicht gut, nicht von der KPÖ selbst, sondern von der Jugendorganisation, dass hier sehr aggressiv

geworben wurde. Diese Beschwerde habe ich von einigen Lehrern der Ortweinschule bekommen und ich werde einfach dort einmal vor Ort aufklären. Aber auch noch einmal, wenn das meine Partei betreffen würde, würde ich auch hier das ganz scharf kritisieren, das geht nicht. Wenn man Wahlwerbung macht an einer Schule, und das gibt es vor allem in den höheren Schulen von einer Partei, dann müssen immer alle Parteien vorkommen. Das muss organisiert sein von der Schule und da haben wir uns ja schon öfters bei diversen Diskussionen getroffen. So geht politische Bildung, wenn man sich da irgendwie reinschummelt in eine Schule, das verurteile ich.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zusatzfrage bitte.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Vielen Dank für deine detaillierte Beantwortung. Mich macht persönlich froh, dass dieses Buch mit seltsamen Vögeln, da eine Jugendorganisation, wo man sich ja wirklich fragen muss, warum man das an Kinder bringen will, dass das offenbar nicht aufgetaucht ist. Die anderen Vorfälle waren mir zum Teil bekannt. Gut, dass da eingeschritten wird beziehungsweise die Sache eine dementsprechende Öffentlichkeit erfährt, weil was so quasi unter der Decke bleibt, wird wahrscheinlich dann häufiger passieren, wäre einmal anzunehmen.

Aber allgemein, nachdem jetzt viele Wahlen waren, aber auch wieder eine Wahl irgendwann kommen wird, sei es die Grazer Gemeinderatswahl, in welcher Form bist du in deiner Funktion proaktiv quasi unterwegs, um die Schulleiter:innen, die Lehrer:innen, aber auch die Eltern und die Schülervereiner:innen dahingehend zu unterstützen und aufzuklären, dass es dieses Verbot gibt und dass es eben auch im Sinne der politischen Bildung Möglichkeiten gibt, die aber für alle Parteiorganisationen offen sein sollen.

Stadtrat **Hohensinner**:

Lieber Karl, in der Tat, diese Vorfälle, die jetzt nicht an den Pflichtschulen waren, sondern an den höheren Schulen, haben mich auf den Plan gerufen, dass ich da noch einmal nachschärfte, dass ich mit den Direktoren spreche. Die Direktoren werden von mir ersucht, auch in den Gremien der Schule, SGA - Schulgemeinschaftsausschuss und andere Gremien, das noch einmal zum Thema zu machen. Ich glaube, das ist in unserem aller Interesse, dass einseitige Parteiwerbung in den Grazer Schulen nichts verloren hat, und ich werde das noch einmal in den Mittelpunkt rücken, lieber Karl, mache ich gerne.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächster Fragesteller ist Herr Gemeinderat Winter. Er stellt seine Frage an Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner.

**5.7 Frage 7: Machbarkeitsstudien Stadion
(GR Mag. Winter, KFG, an Bgmⁱⁿ-StV.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeisterin, die Stadionfrage ist mit Sicherheit ein Thema, das sehr, sehr vielen Bürgern auch seit Langem unter den Nägeln brennt. Seien sie fußballaffin oder weniger fußballaffin, ist es eine Frage, die auch mit durchaus großen finanziellen Mitteln verbunden sein wird. Wir wissen die Geschichte zu dieser ganzen Frage, auch die jüngere Geschichte, nämlich, dass ein Sonderausschuss zum Thema Stadion stattgefunden hat, der auch am 13.06. dieses Jahres sein Ende gefunden hat. Er hat auch mit folgender Begründung sein Ende gefunden, nämlich dass man eine vertiefende Machbarkeitsstudie braucht, um einen Grundsatzbeschluss für eine Ein-Stadion- oder eben für eine Zwei-Stadion-

Lösung ergebnisoffen treffen zu können. Ein entsprechendes Stück soll seitens der Stadtbaudirektion vorbereitet und noch vor diesem Sommer, also in dem Sinn dem bereits vergangenen Sommer, im Gemeinderat auch behandelt werden.

Was ist seither passiert? Es hat sich am 4. Juli dieses Jahres ein dementsprechendes Stück auf der Tagesordnung befunden, das ist kurzerhand dann aber wieder abgesetzt worden. In dem Sinn ist kein Beschluss hinsichtlich dieser Machbarkeitsstudien bislang gegeben. Die Koalition ist ihren eigenen Weg gegangen, ist bis zu einem gewissen Grad umgeschwenkt und favorisiert jetzt diese Ein-Stadion-Lösung für immer, für beide Vereine bis in alle Ewigkeit, ohne einer Studie, ob dieser Ausbau, ob dieses Umrüsten überhaupt machbar ist oder ob diese Umrüstung nicht machbar ist.

Genau das, was uns jetzt fehlt, ist nämlich die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für einen zweiten Standort, der geplant gewesen wäre im Bereich Puntigam beim Verkehrsknotenpunkt in diesem Großraum. Genau diese haben wir leider Gottes nicht. Daher geht auch an Sie die folgende

Frage,

Frau Vizebürgermeisterin: Werden Sie den Leitprinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit folgend die Machbarkeitsstudie zum alternativen Standort zusätzlich, zu zuletzt am 17.10. dieses Jahres beschlossenen Studie, in Auftrag geben, Beschluss Gemeinderat natürlich vorausgesetzt, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat, Fachabteilungen, gegebenenfalls auch für die Bevölkerung im Rahmen einer Volksbefragung zur Verfügung zu stellen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin!

Die langjährige Debatte rund um die Frage, welche Stadion-Variante für Graz und deren Fußballvereine sinnvoll und möglich ist, wurde durch die Koalition schlussendlich auf wenig demokratische Art und Weise beendet. War man seitens der KPÖ zuvor –

angeblich – noch an einer Volksbefragung interessiert, will man nun nichts mehr davon wissen.

Selbst eine objektive Entscheidung des Gemeinderates ist ohne Fakten und Zahlen aus beiden Studien kaum möglich, da bei jeder Variante die finanzielle Tragweite und Folgen für die Stadt enorm sein werden.

Die Kosten für zwei Machbarkeitsstudien beliefen sich ursprünglich laut – abgesetztem – Gemeinderatsstück vom 4. Juli auf EUR 360.000. Wenige Monate später war alles anders: Die Kosten allein für die „zweite“ Studie (Beschluss vom 17. Oktober) beliefen sich nunmehr auf EUR 270.000.

Zur Historie: Mit Beschluss vom 13.06.2024 wurde der Stadionausschuss mit folgender Begründung beendet:

In weiterer Folge wurde beschlossen, eine vertiefende Machbarkeitsstudie durchzuführen, um einen Grundsatzbeschluss für eine „Ein-Stadion-“ oder „Zwei Stadien-Lösung“ ergebnisoffen treffen zu können. Dabei sind auch die entsprechenden Zuschauerkapazitäten zu berücksichtigen. Ein entsprechendes Stück soll seitens der Stadtbaudirektion vorbereitet und noch vor dem Sommer im Gemeinderat behandelt werden.

Das erwähnte Stück (Gemeinderatsstück vom 04.07.2024, GZ: A10/BD-099573/2024 GZ: A8-115740/2023-38 GZ: A 8/4- 028973/2010-267) der Stadtbaudirektion hätte in der Gemeinderatssitzung vom 04. Juli 2024 beschlossen werden sollen, wurde jedoch kurzerhand abgesetzt und kam es somit zu keinem Beschluss der Machbarkeitsstudien.

Die im Gemeinderat vertretenden Fraktionen waren sich bei Auflösung des Stadionausschusses einig, dass eine vertiefende Machbarkeitsstudie durchzuführen ist,

um in weiterer Folge einen Grundsatzbeschluss für eine „Ein-Stadion-“ oder „Zwei-Stadien-Lösung“ aufbauend auf Fakten treffen zu können.

Auch wenn seitens der Koalition nunmehr eine „Ein-einziges-Stadion-für-beide-Vereine-für-immer-Lösung“ angestrebt wird, heißt das nicht, dass der Ausbau des Stadions in Liebenau im benötigten Ausmaß auch wirklich möglich sein wird. Für diesen Fall müssen Vorkehrungen getroffen werden, und muss daher der Beschluss vom 17.10.2024 um den ursprünglichen Punkt drei (Erstellung einer umfassenden Machbarkeitsstudie für ein mögliches Stadion am Standort im Bereich des Nachverkehrsknoten Puntigam für die Kapazitäten von 15.000 und 25.000 Zuseher) des abgesetzten Stückes vom 04.07.2024 erweitert werden. Damit ist gewährleistet, dass die nötigen Informationen für weitreichende Entscheidungen jedenfalls zeitgleich und kostensparend aufliegen werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Werden Sie – den Leitprinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit folgend – die Machbarkeitsstudie (siehe Gemeinderatsstück vom 04.07.2024, GZ: A10/BD-099573/2024 GZ: A8-115740/2023-38 GZ: A 8/4-028973/2010-267) zum alternativen Standort zusätzlich zur zuletzt am 17.10.2024 beschlossenen Studie, in Auftrag geben (Beschluss im Gemeinderat vorausgesetzt), um dadurch eine fundierte Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat, die Fachabteilungen und gegebenenfalls auch für eine Volksbefragung zur Verfügung stellen zu können?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werter Herr Gemeinderat, es ist kein Geheimnis, dass ich nicht zu den fußballaffinen Personen in diesem Gemeinderatssaal gehöre, aber in meiner politischen Zuständigkeit und Zuständigkeit für die Stadtbaudirektion gebe ich natürlich gerne Antwort und fühle mich verantwortlich für diese Machbarkeitsstudie, die, wie Sie schon erwähnt haben, im Oktober 2024 beschlossen wurde. Der sind ja mehrere Schritte vorausgegangen, zum einen ein umfassender Prozess. Ich war nicht Teil des Stadionausschusses, aber dort hat man sich vertieft damit beschäftigt, nämlich zum einen mit der Suche nach einem geeigneten Grundstück. Es waren ursprünglich 16, die untersucht wurden, eines ist übriggeblieben als wirklich denkbare Option, nämlich am Nahverkehrsknoten Puntigam, auch aufgrund der verkehrlichen Erreichbarkeit. Im Juni hat man sich deswegen, Sie haben es auch erwähnt, dazu entschlossen, zwei vertiefende Machbarkeitsstudien durchzuführen, zum einen Ausbau Liebenau und zum anderen alternativ den genannten Standort.

Und jetzt zur Frage in Bezug auf die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit: Wir haben im Juli 2024 mit neuen Fakten konfrontiert, nämlich zum einen, dass Gespräche der Immobilienabteilung mit dem Eigentümer ergeben haben, dass wir mit einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag zu rechnen haben, was das Grundstück bei Puntigam betrifft. Zum anderen ist uns klargemacht worden, also beides jetzt in der Zuständigkeit vom Kollegen Eber, durch die Stadionverwaltung, dass eine Ertüchtigung und Sanierung des Stadions Liebenau unbedingt erforderlich ist. Das hat uns quasi vor neue Aufgaben gestellt.

In laufender Abstimmung mit den Vereinen ist man deswegen dann in Akkordierung mit GAK und Sturm und natürlich den Fachabteilungen der Stadt, hat man sich darauf geeinigt, dass wir das Stadion Liebenau in Bezug auf UEFA-Tauglichkeit, Zuschauer:innenkapazitäten, Nutzbarkeit für beide Vereine, wirklich in Bezug auf die

Präzisierung der zukünftigen Anforderungen, Bestandsuntersuchungen, Verkehrskonzept, Erklärung der UVP-Pflicht und Kostenrahmen, dass man sich jetzt einmal vertiefend mit Liebenau beschäftigt. Die Ergebnisse dieser Studie erwarten wir im Frühjahr 2025.

Der Entschluss war eben auch, nicht parallel weiterzuarbeiten an der möglichen Errichtung eines zweiten Stadions aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Das ist nach gründlicher Prüfung durch den Stadionausschuss und Entscheidung des Gemeinderates erfolgt. Ich werde mich in dem Prozess genau an diesen Prozess auch weiterhin halten, also vorausgesetzt, es kommt ein neuer Gemeinderatsbeschluss, dann kann man natürlich eine zweite Machbarkeitsstudie machen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Zusatzfrage bitte.

Gemeinderat **Winter**:

Danke für die Antwort, Frau Vizebürgermeisterin. Ich glaube schon, Sie sagen selbst, Sie sind keine fußballaffine Person, muss man auch nicht sein. Ich bin es auch nur bis zu einem gewissen Grad, aber ich glaube, für viele Gemeinderäte ist es mit Sicherheit essenziell, auch hier zu beiden Fragen Machbarkeitsstudien zu besitzen, weil im Endeffekt natürlich das auch eine Entscheidung sein wird, die mit großen finanziellen Mitteln verbunden ist. Das sollte man jetzt auch wirklich umgehend im großen Ausmaß prüfen, welche Varianten wirklich hier langfristig die klügsten wären.

Die Stadtkoalition, ich habe es bereits erwähnt, ist im Endeffekt politisch der Meinung, wir bleiben bei dieser Ein-Stadion-Lösung auf Dauer für beide Vereine. Wir haben, wie gesagt, keine Machbarkeitsstudie zu einer zweiten Variante, wie bereits erwähnt, und daher ist es für mich völlig schleierhaft, und das ist auch die Frage: Wo ist Ihre

rationale, wirtschaftliche, sparsame Entscheidungsgrundlage, wenn Sie eine Machbarkeitsstudie zur Zwei-Stadien-Lösung überhaupt nicht besitzen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich wiederhole mich jetzt gerne, wenn es nicht angekommen ist. Der Ausschuss und der Gemeinderat haben sich dann mehrheitlich dafür entschieden, den Weg zu beschreiten, nämlich aus den Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in Bezug auf den Ankauf oder den Nichtankauf des Grundstücks in Puntigam, nämlich aufgrund der hohen Kosten und der notwendigen Sanierung des Stadions. Insofern ist genau der Weg beschritten worden, mehrheitlich in Akkordierung mit den zuständigen Vereinen, die das alles bislang gutheißen, den Prozess. Und das war, glaube ich, ein sehr guter Prozess bis dahin.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, ich darf den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin geben, damit Frau Kollegin Reininghaus ihre Frage an mich richten kann.

Vorsitzwechsel – Bgmⁱⁿ-StV.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.40 Uhr)

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte, Frau Kollegin.

5.8 Frage 8: Allen Anspruchsberechtigten muss die fristgerechte Antragstellung zum Heizkostenzuschuss garantiert werden (GRin Reininghaus, NEOS, an Bgm.in Elke Kahr, KPÖ)

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber einziger Gast auf dem Balkon und liebe Gäste zu Hause am Livestream. In meiner Frage geht es um den Heizkostenzuschuss und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ein bisschen Sorgen mache ich mir, ob den auch alle stellen können, die dazu überhaupt berechtigt sind. Also ich weiß, Sie wissen das, seit 10. Oktober bis einschließlich 28. Februar 2025 können ja steirische Einpersonenhaushalte und Haushaltsgemeinschaften mit niedrigem Einkommen den Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark immerhin in der Höhe von € 340,00 beantragen.

Aus technischen Gründen schafft es die Stadt Graz leider nicht, das, was jede winzige kleine Gemeinde schafft, nämlich die Antragstellung einfach online abzuwickeln. So bleibt den Grazerinnen und Grazern nur der Weg in eine von acht Servicestellen, um ihre Anträge eben persönlich einzubringen. Vorausschauenderweise warnt ja die Homepage der Stadt Graz schon vor langen Wartezeiten und verweist noch einmal darauf, bitte macht euch einen Termin, sonst wird das ein bisschen schwierig. Jetzt habe ich mich einmal vor meinen PC gesetzt und versucht, in diesen acht Servicestellen einen Termin zu vereinbaren. Das Ergebnis hat mich schon sehr überrascht. Am 7.11. gibt es zum Beispiel, ich habe da hier einen Screenshot gemacht von der Servicestelle am Bahnhofgürtel, keinen einzigen Termin mehr für den gesamten November. Sie können sich das dann gerne anschauen. In der Servicestelle Kärntnerstraße sind am 07.11., gerade noch für den 15.11. zwei Termine frei. Am 7.11. sind am 13.11. in der Servicestelle Conrad-von-Hötzendorf-Straße gerade noch ein einziger Termin frei, und zwar von 8.15 bis 8.30 Uhr. Also, die Termine werden da in Viertelstunden getaktet. Dann habe ich noch ein Beispiel hier mit, Servicestelle Tummelplatz, am 7.11., wie gesagt, sind gerade noch am 15.11. 9 Termine zu haben. Da habe ich mir die Frage gestellt, geht sich das überhaupt aus? Ich habe mir auch die Frage gestellt, wie viele Leute werden denn da überhaupt einen Antrag stellen? Da

habe ich mir gedacht, das werden doch viele sein, oder? Es sind sehr viele, ja. Es gibt also lediglich in den Servicestellen Andritzer Reichsstraße, Stiftingtalstraße und St. Peter Hauptstraße am 7.11. noch bis zum 30. November einige freie Termine. Jetzt habe ich mir einen Bericht von Oberösterreich heute durchgeschaut. Die haben am 9.11. im E-Paper geschrieben, dass der Ansturm auf den € 200,00 Heizkostenzuschuss, den das Land Oberösterreich auszahlt, explodiert. Die haben seit dem 7. Oktober insgesamt 14.000 Anträge bearbeitet. Wie gesagt, die Frau Bürgermeisterin hat es eh schon bejaht, auch in Graz ist mit einem großen Ansturm zu rechnen. Und wie gesagt, geht sich das wirklich aus bis zum 28. Februar, dass da alle zu den € 340,00 kommen, denen das auch zusteht?

Daher, liebe Frau Bürgermeisterin, meine

Frage:

Wie viele Anträge wurden im Zeitraum vom 7.10. bis 9.11.2024 in den acht Grazer Servicestellen persönlich eingereicht und genehmigt?

Originaltext der Anfrage:

Seit 7.10. dieses Jahres bis einschließlich 28.2.2025 können steirische Einpersonenhaushalte und Haushaltsgemeinschaften mit niedrigen Einkommen (<https://www.soziales.steiermark.at/cms/beitrag/12924889/108507127/>) den Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark in der Höhe von 340 Euro beantragen. Der Zuschuss steht Ein-Personen-Haushalten mit 1.572 Euro netto, sowie Haushaltsgemeinschaften mit 2.358 Euro netto, jeweils inklusive Sonderzahlungen zu. Für jedes Familienbeihilfe beziehende im Haushalt lebende Kind sind 472 Euro dem Einkommen hinzuzurechnen.

Da es die Stadt Graz aus technischen Gründen nicht zustande bringt, die Antragstellung online abzuwickeln, müssen die Grazerinnen und Grazer den Antrag persönlich in einer der 8 Servicestellen einreichen https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/onlineantrag-in-graz-technisch-nicht-moeglich_a6931931?ref=curate

Dabei wird auf der Homepage der Stadt Graz vor langen Wartezeiten in den Servicestellen gewarnt und auf die online-Terminvereinbarung verwiesen https://www.graz.at/cms/beitrag/10289669/7829988/Servicestelle_Bahnhofguertel.html

Am 7.11. habe ich recherchiert, wie es mit der online-Terminvereinbarung in den 8 Servicestellen bestellt ist und das Ergebnis ist höchst unzufriedenstellend, gibt es dich bereits Anfang des Monats kaum noch freie Termine für den November und Termine im Dezember sind noch gar nicht „aufgelegt“ und somit auch nicht buchbar. <https://www.graz.at/cms/ziel/7829988/DE/>

So war bereits am 7.11. in der Servicestelle Bahnhofgürtel für den gesamten November kein einziger Termin mehr frei, in der Servicestelle Kärntnerstraße konnte man gerade noch für den 15.11. zwei Termine ausmachen.

In der Servicestelle Conrad von Hötzendorfstraße gab es vom 13. – 15.11. insgesamt noch 32 Termine zu vergeben, am Tummelplatz standen nur mehr 9 Termine am 15.11. zur Wahl und in der Mariatroster Straße waren noch 6 Termine für den 13.11. zu bekommen <https://www.etermin.net/stadtgraz/serviceid/297253?noinitscroll=1>

Lediglich in den Servicestellen Andritzer Reichsstraße, Stiftingtal- u. St. Peter Hauptstraße standen am 7.11. noch einige November-Termine zur Auswahl. „Oberösterreich Heute“ berichtete am 9.11. in ihrem E-Paper über einen wahren Ansturm auf 200 Euro Heizkostenzuschuss, die das Land Oberösterreich einkommensschwachen Haushalten als Zuschuss zu den explodierenden Heizkosten zuzahlt. Seit dem 7. Oktober wurden bereits 14.000 Anträge genehmigt. <https://www.heute.at/s/ansturm-auf-200-bonus-so-bekommst-auch-du-das-geld-120071361>

Es ist auch in Graz mit einem großen Ansturm auf die 340 Euro Heizkostenzuschuss zu rechnen und es muss trotz des „technischen Unvermögens“ der Stadt Graz

sichergestellt sein, dass auch alle Antragstellerinnen und Antragsteller bis zum 28.2.2025 ihre Anträge auch tatsächlich stellen können.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Grazer Gemeinderatsordnung folgende

Frage

an die Bürgermeisterin:

Wie viele Anträge wurden im Zeitraum vom 7. Oktober bis 9.11.2024 in den 8 Grazer Servicestellen persönlich eingereicht und genehmigt?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Bitte Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sabine, ich bin dir sehr dankbar, dass du diese Frage stellst, weil sie ja öffentlich da auch kommuniziert worden ist. Aber wie manchmal halt auch immer die Wahrheit in der Mitte liegt, ist es eine Präzisierung und durchaus, dass mir jetzt eine Möglichkeit gibt, für unsere Kolleginnen und Kollegen da gut auch vorzusprechen. Die Beantwortung, wie ich ersucht habe, mir hier die Zahlen genau zu nennen, hat mich ja selbst sogar so überrascht und eigentlich fast unglaublich ist. Für die letzten zwei Wochen haben die Kolleg:innen mir die Zahlen nicht gelegt, aber seit dem 7. Oktober, seit es diesen Heizkostenzuschuss gibt, bis Ende Oktober sind alleine in all diesen Servicestellen, und es sind nicht viele, die wir für unsere große Stadt haben. Du musst immer wissen, wir haben sogar zwei Servicestellen, da ist nur eine Person dort. Da sind wir dankenswerterweise mit der Personalvertretung dabei, dort auch Personal aufzustocken. Nur damit man immer ein bisschen weiß, von was man redet. In all unseren Servicestellen sind 4.379 Termine in der Stadt Graz, in

unseren Servicestellen zum Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark, durchgeführt worden. Nicht nur eingeladen, sondern durchgeführt worden. Davon sind 2.021 Termine online gebucht gewesen, 1.353 Termine telefonisch vereinbart. Ohne Termine können bei uns Leute kommen, weil das auch der Wunsch von vielen Leuten ist. Das möchte ich nur extra betonen: Es wollen nicht alle nur online, sondern es wollen auch viele persönlich kommen. Ohne Termine sind 1.005 Anträge behandelt worden und 439 Termine, die vereinbart wurden, sind dann nicht wahrgenommen worden. Das weiß ja jeder, der mit dem Parteienverkehr oder Sprechstunden zu tun hat, weiß, dass machen Leute einen Termin ausmachen und nicht kommen, durch Krankheit, was auch immer. Das hat ja oft auch Gründe.

Somit ist allein im Oktober, die aus meiner Sicht wirklich respektable und fast unglaubliche hohe Anzahl an positiv erledigten Anträgen für den Heizkostenzuschuss 2024 von 3.222 Haushalten erfolgt.

Aufgrund fehlender Unterlagen oder mangels Erfüllung der Anspruchskriterien, weil das kommt ja auch vor, sind 718 Anträge nicht positiv erledigt. Angesichts der 4.379 Termine in Summe ist es verständlich, dass es da oder dort natürlich auch zu Engpässen kommt, weil der Tag halt einfach nicht länger ist. Die Nichtbuchungen, die du jetzt gesagt hast, wo kein Platz ist, heißt ja nicht, dass ich nicht trotzdem hingehen kann und mein Antrag bearbeitet wird. Das heißt nur, dass ich länger warten muss und halt nicht genau zu einem bestimmten Zeitpunkt einen Termin habe und der ja dann verlässlich auch abgearbeitet wird.

Man muss wissen, dass allein im Oktober, wieder in dem Zeitraum, in Summe knapp 13.000 Kunden und Kundinnen über den Heizkostenzuschuss hinaus ja auch Leute kommen, weil es ja auch um Anliegen wie An-, Ab- und Ummeldungen, Parktickets etc. geht. Also die Servicestellen bearbeiten ja nicht nur den Heizkostenzuschuss und diese Kapazitäten, die da sind, müssen eben auch für diese Anliegen da sein. Zudem werden einige Schalter nicht eben für die Onlinebuchung freigeschaltet, weil eben auch der hohe Ansturm von Kund:innen ohne Termin bewältigt werden muss. Das, wie gesagt, ist wichtig. Das ist wirklich dezidiert auch die Rückmeldung von unseren Kolleg:innen aus den Servicestellen. Viele, die keinen elektronischen Zugang und Möglichkeiten

haben, diesen persönlichen Termin auch schätzen. Das heißt, die durchschnittliche Auslastung der Servicestellen betrug allein nur im Oktober 90,6 Prozent.

Und ich möchte an dieser Stelle einfach wirklich ganz, ganz herzlich den Kolleg:innen danken, die machen das großartig. Und wie du siehst, haben wir alleine in dem Monat Oktober fast so viele Kund:innenkontakte wie das ganze Bundesland Oberösterreich, weil da sind ja alle Gemeinden damit gemeint.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Ja, es gibt natürlich eine Nachfrage. Liebe Elke, aus deinen Worten entnehme ich schon, dass meine Befürchtung nicht ganz unbegründet ist. Es gibt hier Engpässe. Ihr habt die Servicemitarbeiter, denen ich auch sehr herzlich für ihre Arbeit danke, die haben auch noch andere Aufgaben zu erfüllen. Ich habe mich wirklich eingehend mit dieser Geschichte beschäftigt und einmal ausgerechnet, wie viele Arbeitstage sie denn zur Verfügung haben in diesen acht Servicestellen, um diese Anträge abzuwickeln. Und da kommt dann raus, es gibt 99 Arbeitstage vom 07.10. bis 28.02. Dann habe ich mich gefragt, wie viele Anträge werden denn da kommen, womit kann man denn da rechnen? Und dann habe ich einen Artikel gefunden in der Kleinen Zeitung vom 1. Februar des letzten Jahres mit dem Titel „Massiver Wachstumsschub für die SozialCard“, wonach es in Graz ab dem 1. Februar 2023 - Elke, das war in der Kleinen Zeitung mit dir - insgesamt 20.000 Anspruchsberechtigte auf die SozialCard geben soll. 20.000 Anspruchsberechtigte, wenn ich jetzt davon ausgehe, weil ich rechne jetzt durch das Maximum, dass hier 20.000 Anträge kommen, wird so nicht sein, aber einfach, dass wir hier einmal eine Zahl haben, dann hieße das, es müssten in jeder einzelnen der acht Servicestellen müssten 2.500 Anträge angenommen und bearbeitet

werden. Das hieße 252 Anträge pro Tag, und das können die nicht schaffen, weil die noch andere Agenden zu erfüllen haben.

Darum jetzt zu meiner Nachfrage:

Gibt es einen Plan B, liebe Frau Bürgermeisterin, wenn da jetzt einige nicht einmal die Möglichkeit haben den Antrag zu stellen, weil es keinen Termin mehr gibt? Wie die zu ihren € 340,00 kommen, die das Land zahlt, zahlt das dann das Sozialamt aus dem Budget, aus dem Budget der steirischen oder Grazer Steuerzahler:innen, das wäre so meine Frage dazu.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Sabine, die SozialCard-Anspruchsberechtigten haben nichts mit dem Heizkostenzuschuss zu tun. Der Heizkostenzuschuss ist eine Leistung des Landes, der erhöht worden ist auf € 340,00 und die ganz anderen Kriterien und Voraussetzungen hat, wie die SozialCard. Der Heizkostenzuschuss, das wissen eben auch viele nicht, ist eben nur für jene Familien und Personen, die keine Wohnunterstützung beziehen. Das ist ein großer Unterschied, das heißt, der Anteil an Menschen, die hier kommen werden - das ist auch in etwa hochgerechnet - wird in etwa die doppelte Anzahl sein von dem, was wir jetzt schon bewältigt haben. Das heißt, das wird sich gut ausgehen. Sollte es wider Erwarten, weil das wäre komplett neu, wenn sie das verdreifachen würde, aber das glaube ich nicht, weil die Erfahrungswerte von den letzten Jahren, selbst wenn ich das noch erhöhe, wird sich ausgehen. Davon bin ich sicher.

Noch einmal, es geht nicht nur um die Online-Termine, sondern die Leute können auch direkt hinkommen. Das geht ja bis Februar und wird auch bewältigbar sein. Wir haben das auch letztes Jahr machen müssen, und zwar eine Nachfrist, weil ebendieses Online-Formular genau das Gegenteil bewirkt hat, was wir jetzt machen. Es mussten

weit mehr Anträge nachgereicht werden und es hat länger gedauert, weil durch diese Maske, die wir hier vom Land bekommen, leider nicht optimal ist, wenn Unterlagen fehlen. Bei der überwiegenden Mehrheit der Anträge fehlen Unterlagen und das ist das Problem, warum auch unsere Kolleg:innen gebeten und ersucht haben, bitte machen wir es so. Sie wissen aus Erfahrung, dass die Abwicklung für die Bevölkerung und den Heizkostenzuschuss zu erhalten so der bessere Weg ist. Wir selbst werden mit der Präsidiäle und auch mit der IT-Abteilung an einer eigenen Maske für nächstes Jahr arbeiten, weil die, die im Land hier vorgegeben wird, unbrauchbar ist. Das sagen übrigens auch Gemeindevertreter aus anderen Gemeinden, obwohl die ja nur, die bewältigen ja in Summe nicht so viel wie wir in der Stadt Graz, und selbst die sagen, dieses Formular ist nicht tauglich. Deshalb werden wir da ja in Abstimmung mit dem Land nächstes Jahr so ein Onlineformular selbst versuchen zu entwickeln, weil das ist nicht tauglich. Aber keine Sorge, die Leute kommen zu ihren Heizkostenausschuss.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich übergebe das Wort wieder an die Frau Bürgermeisterin.

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (14.55 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, wir sind jetzt mit der Fragestunde am Ende.

Ende Fragestunde: 14.55 Uhr